

(Claudia Hämmerling)

VBB dafür, und auf der anderen Seite wird denen das Geld weggenommen.

Im Stadtgebiet Berlin darf die S-Bahn nicht vergessen werden, gerade auf der Strecke nach Strausberg habe ich noch sehr lange Abschnitte, die eingleisig sind, gerade die Stichstrecke nach Strausberg-Nord. Da möchte ich, dass die auf zwei Gleise ausgebaut wird und dass auch die Strecke dazwischen vom Fernverkehr entflechtet wird, sodass sich die Störungen im Fernverkehr nicht auf den Nahverkehr auswirken. Das gehört alles dazu.

Ich komme zu meinem letzten Satz: Ich bin im Übrigen der Meinung, dass Veolia an dieser Stadt keine Beteiligung haben darf.

[Beifall bei den PIRATEN]

Vizepräsident Andreas Gram:

Vielen Dank, Herr Kollege! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es wird die Überweisung der drei Anträge der Koalitionsfraktionen an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr empfohlen. – Widerspruch höre ich nicht, dann verfahren wir so.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 4.5:

Priorität der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Tagesordnungspunkt 24

Tierpark-Zuwendungen an tragfähige Struktur- und Haltungskonzepte knüpfen

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Verbraucherschutz, Geschäftsordnung vom 22. Mai 2013 und Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 12. Juni 2013
Drucksache [17/1074](#)

zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache [17/0676](#)

Den Fraktionen steht wiederum eine Redezeit von fünf Minuten zur Verfügung. Es beginnt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, und Frau Kollegin Hämmerling hat das Wort. – Bitte schön!

Claudia Hämmerling (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir möchten mit Ihnen darüber reden, wie aus einer Tiermenagerie ein moderner Erlebnistierpark werden kann. Der Berliner Tierpark bekommt eine ganze Menge Geld vom Land Berlin. Herr Nußbaum! Leider interessieren Sie sich überhaupt nicht dafür, ob damit eine attraktive Tierhaltung oder eine private Sammelleidenschaft des Zoochefs finanziert wird. Herr Heilmann – leider ist er

nicht da, symptomatisch! – fühlt sich nicht zuständig, dabei muss ich ihm sagen: Er ist Senator. Fachlich ist er zwar nicht zuständig, aber er hat politischen Gestaltungsspielraum, sonst wäre er einfach Verwaltungsbeamter. Das ist er ja nicht, und insofern könnte er, wenn er wollte.

Unser Tierpark wurde abgewirtschaftet, der Zoo übrigens auch, und das Missmanagement hat den Tieren, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und vor allem dem guten Ruf der Hauptstadt geschadet. Unser Vorschlag zeigt einen Weg auf, wie wir aus diesem Dilemma herauskommen können. Weil Sie keine eigenen guten Ideen haben, schlage ich vor: Stimmen Sie einfach unserem Antrag zu!

[Beifall bei den GRÜNEN –
Beifall von Philipp Magalski (PIRATEN)]

Ich sage es mal ganz vorsichtig: Das Management und die Tierhaltung sind nicht auf der Höhe der Zeit. Wir sehen im Tierpark Tierpräsentationen in drangvoller Enge statt Tiererlebnisse in naturnaher Umgebung. Wir sehen zahllose Tiere mit Verhaltensstörungen, wir erleben Elefanten, die geschlagen und angekettet werden. Was wir nicht sehen, das sind die planmäßigen Inzestzuchten, also die Verpaarung von Blutsverwandten. Das ist bei Menschen ein Straftatbestand, in diesem Fall tierschutzrelevant. Wir sehen nicht den Schichtbetrieb in den Tiergehegen, und den Tierhandel mit den ausgedienten Publikumslieblingen sehen wir auch nicht. Das zeigt auch der RBB nicht in der Abendsendung, denn das will keiner sehen.

Sie wollen es auch nicht wissen, Sie wollen es nicht wahrhaben, meine Damen und Herren im Senat. Als Geldgeber sind Sie aber in Verantwortung. Mit welchem Recht geben Sie eigentlich die Steuergelder für schlechte Tierhaltung aus? Warum unterstützen Sie im Senat ein Management, das mit Steuergeldern, mit Tieren und vor allem mit den Menschen, die dort arbeiten, nicht umgehen kann? Heute haben Sie Gelegenheit, diese Fragen zu beantworten, wir sind sehr gespannt.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Beifall von Philipp Magalski (PIRATEN)]

Wir wollen, dass unsere Landesgelder in einen gut geführten Tierpark fließen, in einen Tierpark, der Tiererlebnisse bietet. Dafür muss zunächst einmal geklärt werden, wie viele Tierarten, wie viele Individuen da zukünftig gehalten werden sollen. Der Tierpark wird ja nicht dadurch attraktiv, weil da drei Hyänenrudel mit Verhaltensstörung oder drei Zebraherden bzw. 2 225 Vögel präsentiert werden – das sind Echtzahlen. Weniger ist mehr! Wenn feststeht, welche Tiere der Tierpark später haben soll, dann muss ein Zukunftskonzept entwickelt werden, dann soll es allen Spaß machen, die Wildtiere dort zu erleben. Die Vorbilder kennen Sie, sie sind in Eberswalde, in Leipzig oder in anderen guten Zoos zu erleben.

(Daniel Buchholz)

Wir fordern auch, dass dort familiengerechte Angebote mit ausgewogener, preiswerter Gastronomie entstehen, dass es moderne, interaktive Bildungsangebote gibt. Vor allem fordern wir, dass die tierschutzwidrigen Praktiken aufhören.

Dass das Bezirksamt Lichtenberg dieselben Tierschutzverletzungen seit Jahren duldet, gegen die der Bezirk Mitte im Zoo vorgeht, und zwar bis zum Gericht, das ist ein Armutszeugnis für diesen Bezirk. Die unterschiedlichen Rechtsauffassungen möchte ich mir mit Ihnen im Ausschuss gerne mal vortragen lassen; ich hoffe, ich habe da Ihre Unterstützung.

Natürlich müssen in unseren Zoos auch die modernen Erkenntnisse der Verhaltensforschung und der Zootierhaltung Einzug finden. Behavioral Enrichment heißt das Zauberwort, also Beschäftigungsangebote für Tiere als Ersatz für den genommenen Freiraum und die Notwendigkeit, sich selbst das Futter zu suchen. Damit entstehen Verhaltensstörungen gar nicht erst, damit können wir auch Tiere erleben, die sich normal verhalten. Erläuterungen durch Pfleger und derlei könnten Tierpark und Zoo übrigens sofort einführen, das wäre eine sofortige Attraktivitätssteigerung.

Ein Satz an Die Linke: Sie empfinden jede Kritik gegenüber dem Tierparkmanagement als einen Angriff auf den Osten. Das ist doch Quatsch. Niemand stellt den Tierpark infrage. Es geht doch darum, ihn zukunftsfähig zu machen, und das wollen wir doch auch. Insofern, denke ich, ziehen wir da an einem Strang.

Wir wollen die Landesmittel für einen Tierpark ausgeben, in dem sich Menschen, Tiere und Beschäftigte wohlfühlen können. Ein Zoobesuch muss Spaß machen. Menschen sollen dort für die Tiere und die Natur begeistert werden. Der Mensch schützt am Ende doch nur, was er schätzt. Und das kann er dort lernen. Inzwischen haben alle realisiert –

Vizepräsident Andreas Gram:

Sie müssen zum Ende kommen, Frau Kollegin!

Claudia Hämmerling (GRÜNE):

Es ist mein Schlusssatz, Herr Präsident! –, der Zoochef muss weg. Sogar der Aufsichtsrat hat es begriffen. Aber ausschließen, dass uns ein künftiger Zoochef wieder einen Bären aufbindet, das können wir nur durch die Fachaufsicht oder durch klare abrechenbare Vorgaben. Deswegen mein Appell: Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu!

[Beifall bei den GRÜNEN –
Beifall von Philipp Magalski (PIRATEN)]

Vizepräsident Andreas Gram:

Danke, Frau Kollegin Hämmerling! – Ich muss noch mal klarstellen, dass Senator Heilmann entschuldigt ist für den heutigen Tag und deshalb die Kritik an seiner Abwesenheit unangebracht ist.

[Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)]

Für die Fraktion der SPD hat der Kollege Buchholz jetzt das Wort. – Bitte schön!

Daniel Buchholz (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Meine Damen, meine Herren! Verehrte Kollegin Hämmerling! Wir sind ja beide schon seit einigen Jahren für den Tierschutz in unseren Fraktionen zuständig, und ich höre das, was Sie vortragen, mit großem Interesse.

[Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)]

Was die Zielstellung angeht, dass sich Besucherinnen und Besucher genauso wie die Tiere und Beschäftigten in einem Tierpark, in einem Zoo auch wohlfühlen sollen, da sind wir voll beieinander. Aber das, was Sie in dem Antrag schreiben, und das, was Sie auch an Feststellungen, auch an Unterstellungen dem Tierpark, dem Zoo hier unterjubeln wollen, das muss man auch mal klar zurückweisen, weil es schlichtweg nicht der Tatsache entspricht. Man sollte sich vielleicht auch mal fragen, warum in einem Jahr 3 Millionen Besucherinnen und Besucher in Berlin den Berliner Zoo kommen und 1 Million Menschen den Tierpark besuchen. Wenn das alles stimmen würde, was Sie hier sagen, würde, glaube ich, kein einziger mehr in diese beiden Institutionen gehen. Sie sollten sich deswegen vielleicht auch mal überlegen, ob die Kritik nicht einfach überzogen ist an der Stelle.

[Beifall von Andreas Kugler (SPD)
und Franziska Becker (SPD)]

Schauen wir mal, was in Ihrem Antrag steht! Frau Hämmerling hat aufgeschrieben und die Grünen haben es alle so übernommen: Der Senat soll doch bitte nicht nur die normale Aufsicht darüber machen, was mit Finanzmitteln passiert, dass man sich über Haltungs- und Strukturkonzepte unterhält, ist völlig richtig, nein, was sagt denn Ihr Antrag? – Sie wollen, dass sich der Senat eine detaillierte Auflistung über alle mittel- und langfristige zu haltenden Tierarten und die Zahl der Individuen anschaut. Das soll das Parlament leisten. Der Senator zählt dann die Vögel, Fische und Elefanten. Komische Auffassung von dem, was die Exekutive im Land Berlin machen soll!

Dann soll zu klären sein, dass künftig der Tierschutz einzuhalten ist. Da haben Sie völlig zu Recht festgestellt, das, was die Veterinär- und Lebensmittelämter dort an Überprüfung machen, führt dazu, dass sie sagen, das ist in Ordnung, was dort in beiden Einrichtungen passiert. Dass es Verbesserungsmöglichkeiten gibt, dass uns auch neue Richtlinien sagen werden, man sollte auch, wo im-

(Claudia Hämmerling)

mer es möglich ist, Tiermenagerien vergrößern und auch Erlebnisbereich schaffen, das ist völlig unstrittig.

[Zuruf von Claudia Hämmerling (GRÜNE)]

Aber zu sagen, dort würde der Tierschutz überhaupt nicht eingehalten, auch das wiederum, glaube ich, widerspricht der Erfahrung, dass insgesamt 4 Millionen Menschen dort im Jahr hingehen und sich das anschauen. Schauen die sich alle das Leiden der Tiere an? – Das wage ich dann doch ein Stück weit zu bezweifeln.

Dann haben Sie noch Dinge wie ein Kinderdorf, Beschilderung, Gastronomie, Internetauftritt. Soll denn der Herr Senator demnächst sagen, welche Farbe die Leitplanken im Tierpark haben? Dass da was gemacht werden muss, da sind wir uns doch einig.

[Zurufe von Claudia Hämmerling (GRÜNE)
und Anja Kofbinger (GRÜNE)]

Frau Hämmerling! Sie können nicht sagen: Populismus. Das ist Ihr Antrag, den ich hier vortrage und bei dem ich mich frage, was da die Substanz ist. Sie haben auch eines vergessen zu erwähnen: Das Land Berlin hat im Augenblick genau eine einzige Aktie an der Zoologischer Garten AG. Das entspricht einem Anteil von 0,03 Prozent am Stammkapital. Da kann man natürlich jetzt sagen, man möchte die ganze Zoo AG umstrukturieren, aber dann muss man auch mal fragen, was damit möglich ist. Sie wissen, dass die Tierpark GmbH eine Tochtergesellschaft ist, bewusst verflochten, um auch Synergien heben zu können.

Und jetzt werden Sie gleich sagen, ja, aber die Zuwendungen des Landes, die wir inzwischen nur noch an den Tierpark geben, in Höhe von rund 6 Millionen Euro pro Jahr, selbstverständlich sollten wir da genau hinschauen, und selbstverständlich sollen wir einfordern, dass es ein Zukunftskonzept gibt. – D'accord! Aber trotzdem ist es nicht unsere Aufgabe, aus meiner Sicht weder des Abgeordnetenhauses noch des Senats, zu schauen, welche Tierart an welcher Stelle in welcher Anzahl in welche Institution gehört. Wenn man irgendein Grundvertrauen noch in eine neue Geschäftsführung, einen Vorstand von Zoo und Tierpark aufbringen müsste, dann doch wohl das, dass es ein bisschen zoologischer, tiergärtnerischer und weiterer Qualifikationen bedarf, um das entscheiden zu können. Das negieren Sie komplett.

Wir sind uns ja auch einig, dass es jetzt gut ist, einen Neuanfang beim Zoo hinzubekommen, was den Vorstand angeht. Und da ist gerade die Ausschreibung draußen. Aber zu sagen, dass Herr Blaszkiewicz da völlig – – Über 20 Jahre, über Jahrzehnte hat er im Tierpark und im Zoo gearbeitet, mit sehr viel Herzblut, auch mit sehr viel Sachverstand, ich sage da immer, und dazu stehe ich: Mit seinen Ansichten, mit seinen Inhalten und Methoden ist er ein Stück weit aus der Zeit gefallen. Trotzdem hat er mit sehr viel Herzblut für diese Institutionen gearbeitet.

Das kann man auch mal anerkennen und ihn nicht pauschal verurteilen.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Ich habe immer das Gefühl, bei allem, was man an Reform einfordern muss, Frau Hämmerling, das ist hier die Ausschreibung, wir suchen einen neuen Vorstand für Zoo Berlin AG. Sie wären es selbst gerne am liebsten.

[Anja Kofbinger (GRÜNE): Was?]

Ich glaube aber, es ist besser, jemand anderen zu nehmen. Es ist besser, jemanden, der tatsächlich zoologischen Sachverstand mitbringt, der auch kaufmännischen Sachverstand mitbringt, zu wählen. Hier ist die Anzeige. Es ist das Original von der Personalberatung. Ich habe es mir extra besorgt. Das können Sie nicht ersetzen. Ich kann das auch nicht. Ich habe nicht diesen Anspruch, auch nicht ein einzelner Fachsenator. Aber wir alle müssen dafür sorgen, dass es vernünftig organisiert wird und dass dann mit dem, was wir an Haushaltsmitteln dazugeben, dort vernünftig und verantwortlich umgegangen wird, aber das heißt nicht, dass wir als Abgeordnetenhaus den Zoodirektor selbst spielen. Das wäre eine Überforderung. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Vizepräsident Andreas Gram:

Vielen Dank, Herr Kollege Buchholz! – Das Wort zu einer Kurzintervention erteile ich jetzt der Kollegin Hämmerling. – Bitte schön!

Claudia Hämmerling (GRÜNE):

Ja, schönen Dank, Herr Präsident! – Herr Buchholz! Ich kann Ihnen die Sorge nehmen, ich habe mich da nicht beworben, ich werde mich auch nicht bewerben. Machen Sie sich keine Gedanken darüber!

[Zuruf von der CDU: Ein Glück! –

Oliver Friederici (CDU): Das ist ja eine Freude!]

Aber eines müssen Sie zur Kenntnis nehmen: Der Senat, namentlich Herr Senator Sarrazin, hat im Jahr 2004 einen Zuwendungsvertrag geschlossen, in dem definiert war, welche Leistungen der Zoo bringen soll. Dieses Teil ist vor zwei Jahren sang- und klanglos eingestampft worden. Es gibt ihn nicht mehr. Der Grund ist simpel: Der Zoochef hat einfach nicht gemacht, was der Senat wollte. Das muss man zur Kenntnis nehmen. Nun kann man sagen: Er ist aus der Zeit geraten. Er ist nicht mehr ganz aus diesem Jahrhundert und wäre gut geeignet, im Naturkundemuseum die Vitrinen vollzustellen. Da stimme ich Ihnen zu, als Biologe ist er bestimmt perfekt. Aber er kann nicht mit Menschen, Geld und Tieren umgehen.

[Zuruf von Anja Kofbinger (GRÜNE)]

Für die Zukunft wünschen wir uns sehr, dass mit den Steuermitteln, die wir ausgeben, auch eine bestimmte

(Daniel Buchholz)

Richtung verbunden ist, in die sich die Zoos entwickeln. Aber die müssten wir ja irgendwie erst mal bestimmen. Es geht überhaupt nicht um diese Erbsenzählerei, dass der Senat die einzelnen Tiere durchzählen soll. Aber er kann die Vorgabe machen, die Tierbestände um 30 Prozent zu senken. Das zum Beispiel könnte man heute verlangen. Diese Definition müssen wir machen. Ansonsten laufen wir wieder Gefahr, dass nichts von dem, was wir uns vorstellen, für das Geld, was wir dort investieren, geleistet wird. Nicht mehr und nicht weniger soll passieren.

Letztlich sind Sie, Herr Buchholz, tierschutzpolitischer Sprecher, seit vielen Jahren nicht in der Lage gewesen, dort im Tierpark irgendeinen Einfluss zu nehmen. Also nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis, dass wir uns mal Gedanken gemacht haben, wie man es machen kann! Mir ist klar, dass Sie Oppositionsanträge nicht übernehmen. Aber wenn Sie die Inhalte ernst nehmen, sich die durchlesen, durchdenken und versuchen zu verstehen, dann werden Sie das Ganze so umsetzen, wenn Sie wollen, dass aus dem Tierpark in den nächsten Jahren ein vernünftiger Erlebniszoo wird. Wenn Sie das nicht tun, wird er weiter so herumdümpeln wie jetzt. Wir brauchen Kontrolle. Wir können das neue gute Geld nicht einfach wieder dem schlechten Geld hinterherschmeißen. Insofern müssen wir wissen, was wir von unseren Zoos erwarten. Das müssen wir in diesem Haus festlegen. Wer soll es denn sonst machen?

[Beifall bei den GRÜNEN]

Vizepräsident Andreas Gram:

Vielen Dank! – Herr Kollege Buchholz! Sie haben die Möglichkeit, jetzt zu antworten. – Ich erteile Ihnen das Wort. Bitte schön!

Daniel Buchholz (SPD):

Liebe Kollegin Hämmerling! Noch mal zum Mitschreiben: Man kann das Kind mit einem Antrag auch mit dem Bade ausschütten. Und das haben Sie getan. Stehen Sie doch mal dazu! Sie sagen selbst, mit diesen Klein-klein-Dingen sollen wir uns, soll sich der Senat nicht befassen, es steht aber wörtlich in Ihrem Antrag drin. Da widersprechen Sie sich selbst. – Erste Feststellung!

Noch einmal zur Information: Weder die Finanzverwaltung noch die für Artenschutz, Tierschutz – da haben wir ja lauter verschiedene Verwaltungen – haben tatsächlich im engeren Sinne die Aufgabe, bei einem eigenständigen Unternehmen – die Zoo AG ist eine eigenständige AG, an der wir eine einzige Aktie halten, die Tierpark GmbH ist nur eine Tochtergesellschaft dieser Zoo AG – zu sagen, dass wir damit in das operative Geschäft von Gesellschaften eingreifen sollen: Frau Hämmerling, was sollen wir als Parlament dann noch leisten an dieser Stelle? Das müssen Sie uns mal erklären, und das können Sie mit Ihrem Antrag nicht erklären. Dann kann man sich auch

nicht wundern, wenn so ein Antrag keine Mehrheit im Abgeordnetenhaus findet, und er hat keine Mehrheit im Ausschuss gefunden.

Das, was Sie hier negativ dargestellt haben, der Ausgleich von Betriebskosten, die wir mit rund 6 Millionen Euro im Jahr beim Tierpark unterstützen: Ja, dieser langfristige Vertrag ist ganz bewusst nicht verlängert worden, sondern jetzt gibt es jährlich einen Zuwendungsbescheid auf der Basis eines Wirtschaftsplans. Ja, völlig richtig, und ein Wirtschaftsplan heißt auch: Wie will ich das Unternehmen führen?

Vizepräsident Andreas Gram:

Herr Kollege! Kann ich Sie einen Moment unterbrechen? – Ich bitte Sie, die Privatgespräche wieder einzustellen oder rauszugehen. Es ist hier wieder ein Geräuschpegel, der nicht sein muss! – Bitte schön, Herr Kollege!

Daniel Buchholz (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Zuwendungsvertrag, Zuwendungsbescheid, wie gesagt, ist auf der Basis eines Wirtschaftsplans. Das heißt, dass wir jährlich schauen und auch die Finanzverwaltung ganz genau schaut, was mit dem Geld passiert.

Frau Hämmerling! Sie haben jetzt das Stichwort Erlebniszoo genannt. Da kommen wir der Sache ja näher, was Sie wirklich wollen. Natürlich wollen wir eine Attraktivitätssteigerung, insbesondere – und da gibt es viel zu tun – im Tierpark. Den kann man und muss man umgestalten. Den muss man tatsächlich erlebnisgerechter machen.

[Claudia Hämmerling (GRÜNE): Warum machen Sie es dann nicht?]

Frau Hämmerling! Sie wissen genauso gut wie ich, dass ein Komplettumbau 80 Millionen Euro kostet.

[Claudia Hämmerling (GRÜNE): Quatsch!]

Sagen Sie das doch auch mal, und dann kommen Sie mit Ihrem Parlamentsantrag, anstatt hier nur einen allgemeinen Antrag einzubringen, der wirklich völlig am Ziel vorbeigeht. Wo ist Ihr Antrag, 80 Millionen Euro auszugeben?

[Weitere Zurufe von den GRÜNEN]

Den werden Sie auch nicht im Rahmen der Haushaltsberatungen einbringen. Den haben Sie noch nicht gebracht.

[Claudia Hämmerling (GRÜNE): Das ist doch Blödsinn!]

Den haben Sie noch nicht gebracht. Stehen Sie doch mal dazu! Was kostet der von Ihnen geforderte komplette Umbau des Tierparks? – Der kostet 80 bis 100 Millionen Euro. Sprechen Sie es doch mal aus! Natürlich ist es so!

[Weitere Zurufe von den GRÜNEN –
Claudia Hämmerling (GRÜNE): Nein!]

(Marion Platta)

Sie machen sich überhaupt nicht ehrlich an der Stelle. Seien Sie doch mal ein Stück weit ehrlich, und dann können Sie auch Sachen fordern. Wenn wir dieses Geld zur Verfügung stellen, dann können Sie auch sagen, ob dort ein Buntspecht reinkommt oder der letzte Aal, den man noch braucht. Bitte schön, dann können Sie das als vermeintliche Zoodirektorin machen. – Vielen Dank!

[Beifall von Oliver Friederici (CDU)]

Vizepräsident Andreas Gram:

Vielen Dank, Herr Kollege! – Frau Kollegin Platta für die Fraktion Die Linke hat jetzt das Wort – Bitte schön!

Marion Platta (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist richtig: Die Debatte um den Erhalt und die Ausrichtung des Tierparks in Berlin-Friedrichsfelde ist seit der Vereinigung der beiden Stadthälften nie wirklich zur Ruhe gekommen. Immer wieder wurden irgendwelche Debatten geführt: Ist die Tierhaltung richtig? Ist der Bestand richtig? Wir denken, da muss endlich mal ein Neuanfang gemacht werden. Bei jeder Haushaltsdebatte, besonders vor Wahlen, kam es regelmäßig zu diesen Abwicklungsrufen, und radikale Umgestaltungsvorschläge, die wir gerade erst wieder vernommen haben, wo es darum geht, dass die Berliner Bäderbetriebe dort ein Spaßbad errichten wollen. Das schadet letztendlich auch dem Ansehen des Tierparks, des größten Landschaftstiergartens Europas.

Selten wurden diese Debatten aus ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen und partizipativen Aspekten gemeinsam betrachtet. Das Herausheben nur eines Aspektes geht aber an dem Willen vieler Berlinerinnen und Berliner vorbei. Der vorliegende Antrag der Grünen passt – gewollt oder nicht gewollt – in den Rahmen dieser einseitigen Betrachtungsweise. Er führt zu Verunsicherungen und schadet somit dem Tierschutzgedanken erheblich.

[Beifall von Wolfgang Brauer (LINKE)]

Die Auswirkungen beim Tierpark bei Aussetzung der Finanzierung insbesondere für die Bewirtschaftung und für öffentliche Lasten aufgrund gerade dieses 160 Hektar großen Areals und für das Schloss – abgesehen von den vertraglichen Vereinbarungen, auf die schon Kollege Buchholz eingegangen ist – haben bei der Antragstellung offensichtlich gar keine Rolle gespielt. Einen solchen kurzsichtigen Ansatz tragen wir nicht mit.

Was der Tierpark aber braucht, ist ohne Zweifel ein tragfähiges, nachhaltiges Konzept, das den gesamten Umfang der weiteren Entwicklungsmöglichkeiten für den Landschaftspark und die Tiere aufzeigt. Zu allererst braucht es aber ein deutliches Zeichen von der Landesebene, ein deutliches Bekenntnis zum Erhalt des Tierparks in Berlin-Friedrichsfelde als Bildungseinrichtung, als Erho-

lungsort insbesondere für Familien sowie als Erlebnis- und Lernort auf dem Gebiet des Tier- und Artenschutzes.

[Beifall bei der LINKEN]

Vizepräsident Andreas Gram:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Hämmerling?

Marion Platta (LINKE):

Ja, wenn die Zeit dann angehalten wird.

Vizepräsident Andreas Gram:

Ja, das wird doch immer angehalten. – Bitte schön!

Claudia Hämmerling (GRÜNE):

Frau Platta! Der Tierpark bekommt ja ohne Wenn und Aber jedes Jahr 6 Millionen Euro aus Steuermitteln, und niemand hier im Haus stellt das in Frage.

[Oliver Friederici (CDU): Mensch, die Hämmerling redet schon wieder! Ich fasse es nicht!]

Was wünschen Sie sich denn als Bekenntnis anstelle dieser 6 Millionen Euro? Sind 6 Millionen Euro nicht in Ordnung? Was soll das Land noch tun, außer Geld geben? Ich glaube, das ist das höchste Bekenntnis, das man zu einer Einrichtung haben kann, wenn man ihr Steuergelder zur Verfügung stellt. Was stellen Sie sich also unter dem Bekenntnis vor?

Marion Platta (LINKE):

Ich stelle mir darunter vor, dass man, wenn man einen Plan zur Modernisierung, zur Weiterentwicklung eines Tierparks vorlegt, wie es offensichtlich schon mal 2010 mit dem Konzept 2020 für den Tierpark angefangen wurde, auch über das Konzept spricht und sich auch mal entscheidet und dass man daraufhin die Ausrichtung des Tierparks in die eine oder andere Richtung abwägt und dann auch Finanzierungsmittel zur Verfügung stellt oder zumindest dafür sorgt, dass Drittmittel akquiriert werden können. UEP-Mittel und sonstige Sachen sind alle möglich. Und dann muss man sich dazu auch bekennen und als Land Unterstützung geben. So, wie es jetzt momentan läuft, denke ich, sieht es eher danach aus, dass wir jedes Mal, bei jedem neuen Haushalt darüber nachdenken: Kann der Tierpark noch was bekommen oder nicht? Es muss Sicherheit rein, sonst haben auch die Beschäftigten nichts davon!

[Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Es geht also um ein ehrliches Bekenntnis und auch um eine umfassende und passende Unterstützung.

Die Linksfraktion verschließt sich nicht den Missständen, die eine Tierhaltung in Zoos mit sich bringen kann. Auch

wir wollen bestmögliche Bedingungen für Tiere, deren Wesen und Lebensart uns auf diese besondere Art nahegebracht werden sollen. Mindesthaltungsbedingungen sind zwingend. Da gibt es keine Diskussionen. Elefanten und Malaienbären brauchen offensichtlich jetzt schon bessere Lösungen. Wir begrüßen es, dass es Kooperationen mit anderen Einrichtungen bis hin zu Naturparks gibt, um Erfahrungen und gegebenenfalls auch Tiere zur Artensicherung zu tauschen. Hier gibt es im Tierpark zum Teil lange Traditionen, auch mit fernen Ländern. Sie wissen, dass die Mongolei Wildpferde aus dem Tierpark erhält und Nachzuchten für Gelbbrustkapuziner für Brasilien geplant sind.

Wir bleiben aber auch dabei, dass der Tierpark einen bedeutenden Beitrag zur Wissensvermittlung und praktischen Arbeit für den Natur- und Artenschutz für die Berlinerinnen und Berliner aller Altersgruppen leistet. Der Satz, der heute auch schon erklungen ist: Nur was wir kennen, können wir schätzen und schützen. –, lässt sich nicht einmal mit Bildern und Filmen umsetzen.

Wohin können also Mittelkürzungen des Landes Berlin führen? Wollen Sie beispielsweise die Schließung der Tierparkschule – die Tierparkschule, die mit jährlich fast 5 000 Kindern und Jugendlichen oft über mehrere Tage an Projekten aus dem Berliner Rahmenplan arbeitet und immer noch mit einer zunehmend zusammengewürfelten Ausstattung in sanierungsbedürftigen Räumen arbeiten muss? Inhaltlich kann sich die Arbeit der Tierparkschule wirklich sehen lassen. Das können Sie bei jedem Projektende sehen, denn das werden öffentlich Veranstaltungen dann auch zeigen.

Die Linksfraktion erwartet für den landschaftlich geprägten Tierpark ein Maßnahmenprogramm zur Attraktivitätssteigerung, das mit der Öffentlichkeit diskutiert und umgesetzt wird. Wir wollen ein dem Tier- und ebenso dem Artenschutz verpflichtetes, modernes zoologisches und botanisches Gesamtkonzept für das gesamte Areal und erwarten die Einrichtung eines Gremiums aus Experten, auch Beschäftigten bis Nutzern zur Begleitung des Prozesses.

Vizepräsident Andreas Gram:

Sie müssten bitte zum Ende kommen!

Marion Platta (LINKE):

Ich bin beim letzten Satz: Den Ansatz werden wir in einen eigenen Antrag auch eingegossen haben und damit die Zukunft für den Tierpark Berlin als eine Säule der Hauptstadtzoos – um noch mal den Zoo zu nennen – sichern. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vizepräsident Andreas Gram:

Vielen Dank, Frau Kollegin Platta! – Für die Fraktion der CDU erteile ich dem Kollegen Freymark das Wort. – Bitte schön!

Danny Freymark (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Eine intensive Debatte der letzten Wochen und Monate hat uns hier erreicht – zum Thema Tierpark. Das ist ohne Frage ein wichtiges Thema. Ich bin ein Lichtenberger Kind. Ich bin stolz, Lichtenberger zu sein,

[Zurufe von der LINKEN und den PIRATEN]

und ich bin stolz, dass der Tierpark in Lichtenberg liegt und ich die Interessen des Tierparks und meines Heimatbezirks in diesem Hohen Haus vertreten darf.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Es ist ein emotionales und sensibles Thema, und deswegen freue ich mich, dass es uns als CDU in Lichtenberg gelungen ist, mit einer großen Bürgerbeteiligung das Thema zu besetzen, Ideen zu sammeln und dieses Thema insgesamt nach vorne zu bringen. Ich freue mich, dass die Grünen auch aus dem Ideenkatalog und dem Maßnahmenplan, den die CDU-Fraktion beschlossen hatte, abgekupfert und daraus viele Dinge übernommen hat, die richtig sind. Nur mit einer Forderung übertreiben Sie. Sie können nicht sagen: Wir wollen jetzt schon sofort die Ergebnisse haben, ansonsten werden die Zuwendungen gestrichen. – Denn das bedeutet in der Konsequenz, dass der Tierpark zugemacht wird. So funktioniert es mit uns nicht, und wir werden Ihnen auch darstellen, warum das so ist.

Wir haben den Anspruch, gemeinsam das Thema so nach vorne zu bringen, dass es ernsthaft, glaubwürdig und nicht im Kokettieren mit Ängsten verbunden ist. Ich skizzieren Ihnen jetzt die wesentlichen Punkte, die für uns wichtig sind. Das sind drei Sachen.

Die erste – kurzfristige Maßnahmen: Gastronomiebereich und Servicebereich sind absolut überholbedürftig. Auch die Eintrittspreise: Wir haben kein digitales Ticketsystem. Wir haben nicht einmal Gutscheine, die man online herunterladen kann. Es gibt keinen Morgentarif, keinen Joggingtarif, keinen Abendtarif. Es gibt eigentlich gar nichts, das irgendwie zielgruppenorientiert eingesetzt werden könnte. Hier müssen wir ansetzen. Das sind kurzfristige Maßnahmen, die nicht unbedingt mit viel Geld zu tun haben, sondern mit Ideen, mit Kreativität und mit dem Anspruch, es besser machen zu wollen – dann hoffentlich in Bezug auf die neue Geschäftsführung.

Das Thema Beschilderung spielt eine immense Rolle. Der Tierpark ist einsprachig. Nicht mal 150 000 Touristen von 10 Millionen, die diese Stadt besuchen, verlieren sich

(Danny Freymark)

in den Tierpark. 450 000 weitere Besucher kommen aus den umliegenden Bezirken. Das ist zu wenig. Wir brauchen eine englischsprachige, spanischsprachige und französischsprachige Beschilderung.

[Alexander Morlang (PIRATEN): Chinesisch! –
Uwe Doering (LINKE): Japanisch!]

Das gehört zu einer internationalen Großstadt dazu.

[Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Auch die Frage des Merchandising: Dort wird vom Tierpark- und Zooförderverein – der Thomas Ziolko sitzt ja da vor und macht einen guten Job – das Merchandising ehrenamtlich organisiert. Woanders ist es eine wesentliche Einnahmequelle, Souvenirs zu verkaufen. Beim Zoo in Leipzig können Sie sogar online welche bestellen. Aber hier im Berliner Tierpark ist das nicht möglich. Ich finde, das ist schlecht. Das ist falsch gelaufen und muss besser gemacht werden.

[Beifall bei der CDU]

Mittel- bis langfristig: Der Tierpark hat 200 000 Euro Planungsmittel schlichtweg nicht abgerufen. Das ist fast schon skandalös, zumal es ja sogar eigene Ideen gab. Es gab die Idee der Rocky Mountains mit Seilbahn. Das kann man gut finden, man kann es schlecht finden, man kann darüber streiten. Das akzeptiere ich. Aber nicht einmal eine Visualisierung oder eine Kosten-Nutzen-Analyse hinzubekommen, das ist zu wenig. So funktioniert es nicht. Wie es funktioniert, zeigt uns der Zoo Leipzig. Da gibt es z. B. einen Vulkanstollen und viele andere tolle Umsetzungen. Da funktioniert es. Noch nicht einmal 600 000 Einwohner, aber 2 Millionen Besucher jedes Jahr im Zoo Leipzig – kostendeckend arbeitend. Ich finde es schade, dass wir nach Leipzig gucken müssen und nicht die zu uns. Letzteres muss unser Anspruch sein.

[Beifall bei der CDU und den GRÜNEN –
Oliver Höfinghoff (PIRATEN): Wir holen ihn her! –
Weitere Zurufe]

Auch die Evaluierung des Tierbestandes gehört natürlich dazu. Das darf kein Tabuthema sein. Da stimme ich vielem Gesagten zu.

Externe Maßnahmen: Visit Berlin! Werbung ist das A und O. Es kann nicht sein, dass wir darauf gänzlich verzichten. City-Circle-Touren fahren in der Mitte Berlins herum. Das ist auch gut so. Aber es gibt doch auch Optionen, vielleicht eine Tierpark-Tour einzuführen. Wir haben viele andere Kultureinrichtungen in Lichtenberg, die es zu fördern gilt. Der Tierpark ist ein Flaggschiff im Osten, und als solcher muss er auch verstanden werden.

[Beifall von Christopher Lauer (PIRATEN)
und Alexander Morlang (PIRATEN)]

Wenn ich dann darüber nachdenke, wie einfach der Senat und auch die BVG den Antrag für eine Tierpark-Linie abgelehnt haben, dann tut mir das ein bisschen weh. Es kann doch nicht richtig sein, dass wir gute Ideen – selbst

wenn sie nicht gut genug sind – nicht mal so eruieren und so besprechen, dass sie vielleicht doch eine Chance bekommen. So funktioniert es nicht. Am Hauptbahnhof wird einmal die Station sein, wo man in die U 5 einsteigt und vielleicht direkt zum Tierpark fährt.

Grundsätzlich gilt: Der Tierpark braucht mehr Alleinstellungsmerkmale. Nicht Emotionen wecken wie im Disneyland, aber sich inspirieren lassen. Das gehört dazu. Herr Junold, der Zoodirektor in Leipzig, hat gesagt: Wichtig ist, nicht zu sagen: Stadt, du hast einen Zoo, also zahl dafür! – Er hat einen anderen Anspruch entwickelt. Dort hat die Stadt Leipzig maximal 40 Prozent beigetragen zu fast 100 Millionen Euro. Dieser Anspruch wird hier völlig außer Acht gelassen. Wenn ich dann an Die Linke hier denke und feststelle, dass hier Rekommunalisierung im Bezirk der Plan ist, dann fasse ich mir an den Kopf. Sie haben heruntergespart, Jahr für Jahr, und wollen uns jetzt etwas von Rekommunalisierung erzählen. Staatsknete ist für Sie Beute, für uns als CDU-Fraktion Verantwortung.

[Beifall bei der CDU –
Lachen bei der LINKEN und den PIRATEN]

Präsident Ralf Wieland:

Herr Kollege, Sie kommen bitte zum Ende!

Danny Freymark (CDU):

Ich komme sehr gerne zum Ende. – Die CDU-Fraktion hat sich des Themas angenommen. Wir besetzen es verantwortungsvoll. Ich persönlich als Lichtenberger Kind habe ein großes Interesse, dass sich hier etwas entwickelt. Ideen sind für uns Potenziale. – Ich danke Ihnen allen und insbesondere denen, die Interesse daran haben, den Tierpark zu stärken und in eine sichere Zukunft zu führen. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der CDU und den PIRATEN –
Wolfgang Brauer (LINKE): So ein Naivling!
Wo haben Sie den gefangen?]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Für die Piratenfraktion hat jetzt der Kollege Magalski das Wort.

Philipp Magalski (PIRATEN):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Vergangenen Freitag starb nach 20 Dienstjahren für das Land Berlin die Stadtbärin Maxi im Bärenzwinger am Köllnischen Park.

[Beifall von Christopher Lauer (PIRATEN)
und Alexander Morlang (PIRATEN)]

(Philipp Magalski)

Sie war nur eins der Mitlebewesen, die unter unzureichenden Bedingungen im Land Berlin gehalten werden.

Zum Antrag: Sehen wir es zunächst einmal auch von der nüchternen Seite! Der Tierpark in Friedrichsfelde macht Millionenverluste. Für die kommenden Haushaltsjahre sind im Einzelplan 29 jeweils weitere 6,2 Millionen Euro an Zuwendungen für den Tierpark veranschlagt. Neben dem Standortnachteil, den der Tierpark gegenüber dem Zoo hat, ist er auch unattraktiv geworden. Er zieht bei weitem nicht die Besucherzahlen an, die er anziehen müsste, um wirtschaftlich auskömmlich oder zumindest kostendeckend zu arbeiten. Ein Grund dafür ist, dass es dem Tierpark an einem tragfähigen und nachhaltigen Tierhaltungs- und Strukturkonzept mangelt. Attraktivitätssteigerungen, die durch die Umsetzung des Masterplans 2020 Plus erreicht werden sollen, reichen nicht aus.

Der vorliegende Antrag will dem begegnen und macht dem Tierpark ein Angebot, wie er seine Situation im Sinne des Tierschutzes und der eigenen Attraktivität verbessern kann. Die im Antrag geforderten transparenten und detaillierten Auflistungen über alle mittel- und langfristig zu haltenden Tierarten und die Anzahl der gehaltenen Individuen sollten ebenso eine Selbstverständlichkeit sein wie die Vorlage eines Plans, der Umstrukturierungsmaßnahmen vorsieht, die den Tieren die größtmögliche Freiheit bei artgerechtem Ausleben ihres natürlichen Verhaltens ermöglicht. Es darf beispielsweise keine sozial lebenden Tiere geben, die in Einzelhaltung vor sich hinvegetieren. Umgekehrt dürfen Tiere, die Einzelgänger sind, nur in Ausnahmefällen mit anderen Tieren zusammen gehalten werden und schon gar nicht in beengten Verhältnissen, wie sie teilweise im Tierpark existieren.

Ebenso ist es an der Zeit, dass sich der Tierpark öffentlich bereit erklärt, im Rahmen des Tierschutzgesetzes zu operieren. Ja, auch das sollte eigentlich selbstverständlich sein. Das ist es aber nach den Erfahrungen der Vergangenheit leider nicht gewesen. Zu Fällen von Inzucht, Inzestzucht und Gewalt gegen Tiere insbesondere bei den Elefanten ist es vermutlich in regelmäßigen Abständen gekommen. Gestatten Sie mir, darauf hinzuweisen, dass Inzucht Qualzucht ist, und zwar nicht erst dann, wenn tatsächlich erblich bedingte Verhaltensstörungen auftreten, die mit Leiden verbunden sind! Solche Qualzucht ist auch nach der seit gerade sechs Wochen gültigen Neufassung des § 11b des Tierschutzgesetzes verboten und entsprechend strafbar. Deshalb wäre es im Sinne einer weitestgehenden Nachweispflicht gut, dass keine Nachzuchtungen aus Inzucht erfolgen. Wir erachten es als sinnvoll, dass das zu 100 Prozent nachgewiesen wird.

Schließlich ist die vierte Forderung im Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der Besucherfreundlichkeit und für Reformen bei Informationstafeln, Gastronomie und im Internetauftritt für uns nachvollziehbar, wenngleich eine Verbesserung der Besucherfreundlichkeit nicht zulasten

der Tiere gehen darf. Es soll deshalb gut abgewogen sein, ob die Investitionen für den Ausbau des Spaßvergnügens für die Besucher nicht besser in Projekte zur Erhaltung des natürlichen Lebensraums der verschiedenen Tiere fließen sollten. Aber das ist nur ein Hinweis darauf, dass der Kreis derjenigen zunimmt, die generell die Haltung von Tieren in Zoos und Tierparks in ihrer jetzigen Form anzweifelt bis gänzlich infrage stellt. Jüngste Studien verweisen zudem darauf, dass die gehaltenen Arten kaum oder gar keine Priorität für den Artenschutz haben, und wenn, dann sind sie oftmals in unseren Breitengraden niemals artgerecht zu halten, wie beispielsweise der Eisbär.

Die große angelegte Studie des Tierschutznetzwerks ENDCAP, die in verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten die Umsetzung der Vorgaben der EU-Richtlinie untersucht hat, ist zu dem Schluss gekommen, dass es um die Umsetzung der Vorgaben und der Richtlinie im Tierpark Berlin nicht besonders gut bestellt ist. Hier wurden insbesondere unstrukturierte Käfige ohne Rückzugsmöglichkeiten, verhaltensgestörte Bären und widerrechtlich kupierte Vögel hervorgehoben.

Noch ein Wort zum pädagogischen Konzept in Tierpark und Zoo. Tiere verhalten sich in Gefangenschaft nicht wie in der Natur. Die Lebensweise eines Tieres kann im Tierpark und Zoo nur sehr unzureichend dargestellt und erlebt werden.

Präsident Ralf Wieland:

Herr Kollege! Sie kommen bitte zum Ende.

Philipp Magalski (PIRATEN):

Hier sehen wir ein verzerrtes Bild der Realität und die Art und Weise, wie Tiere niemals leben würden, wenn sie der Mensch nicht dazu zwänge. Kinder aber können, wenn keine oder unzureichende pädagogische Hinweise auf die Realität erfolgen, beobachten, dass es scheinbar in Ordnung oder gar natürlich sei, Tiere in Gefangenschaft zu halten. Wenn wir wollen, dass unsere Kinder lernen, was es heißt, andere mitfühlende Lebewesen zu respektieren, sind Zoo und Tierpark in ihrer heutigen Form den Beweis schuldig geblieben, dazu geeignet zu sein.

Nach den kürzlich eingeleiteten personellen Umstrukturierungen, die die Hoffnungen rechtfertigen, –

Präsident Ralf Wieland:

Ihre Redezeit ist abgelaufen!

Philipp Magalski (PIRATEN):

Ich komme zum Ende. – dass die geeigneten Maßnahmen in der Zukunft vielleicht auf Gehör stoßen, sind wir – wie

(Philipp Magalski)

wir es auch im Rechtsausschuss waren – geneigt, diesem Antrag in Gänze zuzustimmen. – Vielen Dank!

[Beifall bei den PIRATEN]

Präsident Ralf Wieland:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Zu dem Antrag Drucksache 17/0676 empfehlen die Ausschüsse mehrheitlich gegen Grüne und Piraten bei Enthaltung der Linken die Ablehnung auch mit geändertem Berichtsdatum. Wer dem Antrag dennoch zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind Teile der Piratenfraktion und die Grünen. Gegenstimmen! – Das ist die CDU, der fraktionslose Kollege, die SPD. Enthaltungen? – Die gibt es bei der Linken und eine Enthaltung bei den Piraten.

Ich komme nun zu

lfd. Nr. 5:

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Berlin (SchulG)

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie vom 6. Juni 2013
Drucksache [17/1078](#)

zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache [17/0588](#)

Zweite Lesung

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben die Vertagung dieses Tagesordnungspunkts beantragt. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist die Vertagung so beschlossen.

Ich komme zu

lfd. Nr. 6:

Gesetz zur Änderung des Laufbahngesetzes und weiterer Vorschriften

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache [17/1081](#)

Erste Lesung

Ich eröffne die erste Lesung. Eine Beratung ist nicht vorgesehen. Es wird die Überweisung an den Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung empfohlen. – Widerspruch höre ich nicht. Dann verfahren wir so.

Lfd. Nr. 7:

Änderung des Schulgesetzes für das Land Berlin (SchulG)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache [17/1082](#)

Erste Lesung

Der Tagesordnungspunkt wird heute vertagt.

Ich komme nun zu

lfd. Nr. 8:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Durchführung des Erneuerbare-Energien-Wärme-gesetzes im Land Berlin und zur Änderung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache [17/1092](#)

Erste Lesung

Ich eröffne die erste Lesung. Eine Beratung ist nicht vorgesehen. Es wird die Überweisung der Gesetzesvorlage an den Ausschuss Stadtentwicklung und Umwelt empfohlen. – Widerspruch höre ich nicht. Dann verfahren wir so.

Ich komme zu

lfd. Nr. 9:

Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache [17/1096](#)

Erste Lesung

Ich eröffne die erste Lesung. Eine Beratung ist nicht vorgesehen. Es wird die Überweisung der Gesetzesvorlage an den Ausschuss für Wirtschaft, Forschung und Technologie empfohlen. – Widerspruch höre ich nicht. Dann verfahren wir dort ebenfalls so.

Ich komme zu

lfd. Nr. 10:

a) Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2014 und 2015 (Haushaltsgesetz 2014/2015 – HG 14/15)

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache [17/1100](#)

Erste Lesung

b) Finanzplanung von Berlin 2013 bis 2017

Vorlage – zur Kenntnisnahme –
Drucksache [17/1123](#)

Ich eröffne die erste Lesung des Haushaltsgesetzes. Ich habe die Gesetzesvorlage mit Drucksache 17/1100 vorab federführend an den Hauptausschuss und mitberatend in Bezug auf die Einzelpläne bzw. einzelnen Kapitel an die entsprechenden Fachausschüsse überwiesen und darf Ihre nachträgliche Zustimmung hierzu feststellen.

Die Fachausschüsse haben bereits teilweise mit den Haushaltsberatungen begonnen. Die Vorlage der Finanzplanung ist am Dienstag eingegangen. Die Fraktionen haben sich auf eine dringliche Behandlung und eine Verbindung mit dem Haushaltsgesetz verständigt. – Hierzu